



# Calmer Calwblatt

Nr. 138. Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 96. Jahrgang. Freitag, 17. Juni 1921. Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 12,00 vierteljährlich. Postbezugspreis Mk. 12,00 mit Postgebühren. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

## Kathenau über die Wiederaufbaufrage.

Berlin, 16. Juni. Der Reichsminister für Wiederaufbau, Dr. Rathenau, legte heute im Ausschuss des Reichswirtschaftsrats die Grundzüge der Aufgaben dar, die sich an den Wiederaufbau Frankreichs knüpfen. Die erste Frage, die sich aus der Tatsache ergibt, daß Frankreichs Anteil an den Reparationsforderungen der Alliierten nur 63 Proz. beträgt, lautet: Wie ist es möglich, die Reparation, die in 3 oder 4 Jahren beendet sein soll, so zu verteilen, daß diese gewaltige Masse nicht die Jahresaufnahmefähigkeit Frankreichs an Reparationsleistungen erheblich übersteigt. Die zweite Frage besteht in der in dem Ultimatum selbst vorgesehenen Befreiung des Jndes von 26 Proz. durch eine andere Vereinbarung. Diesbezüglich und jenseits der Grenzen setzt sich eine Erkenntnis durch, daß dieser Jnder kein glücklicher Raubstab sei. Zunächst entwertet er die Bonds, die in französischen Besitz sind, fernerhin entwertet er den deutschen Kredit. Eine Gefahr wird auch dadurch entstehen, daß Wechsel der deutschen Regierungen diesem neuartigen und launig zu überschauenden Problem gegenüber wechselnde Stellungen einnehmen, entweder trotz des Jndes die Ausfuhrpolitik zu fördern, od. wegen des Jndes versuchen, Deutschland auf Binnenwirtschaft zu stellen. Mit der Frage des Jndes hängt zusammen das Problem der Goldleistung oder, da das effektive Gold so nicht vorhanden ist, der Devisenleistung in diesem gewaltigen Ausmaße. Es ist möglich und nötig, dafür zu sorgen, daß das und gegenwärtig obliegende fastige Devisenkaufen aufhört. Auch wenn diese Devisenmenge aufgebracht werden könnte, wird die Folge eine völlige Zerrüttung des internationalen Goldmarktes sein. Ueber diesen Fragenkomplex werden also Verständigungen getroffen werden müssen.

Die Frage der Sachleistungen wird eine große, vielleicht die größte Rolle spielen. Es ist fast unmöglich, durch Anwendung von Gegenofferten einen gerechten Preis zu finden. Es muß also ein Maßstab gefunden werden, der Preisfestsetzungen in gerechter Weise ermöglicht und gewährleistet, damit die französische Industrie sich nicht beschweren kann, daß Deutschlands Leistungen erheblich teurer sind, als sie in Frankreich sein würden. Neben der Preisfrage steht die Finanzierungsfrage. Man kann nicht erwarten, daß Frankreich in einem Jahre gänzlich auf Devisenempfang verzichtet oder in Debit kommt, falls ohne vorherige Vereinbarung mehr geliefert wird als in dem betreffenden Jahre Zahlungsansprüche gestellt werden. Die Arbeitsleistungen werden verhältnismäßig zurücktreten. Es wird kaum möglich sein, hunderttausende von Arbeitern nach Frankreich zu senden. Von den Arbeiten, die hauptsächlich für deutsche Arbeiter in Betracht kommen, ist viel bereits geschehen. Bei dem Wiederaufbau wird Einzelarbeit großen Umfangs zu leisten sein, bei der es schwer sein wird, tausende von deutschen Arbeitern in französischen Städten unterzubringen. Gewiß besteht der Wunsch, die Kräfte der Gewerkschaften soweit wie möglich zu verwickeln. Bevor hier aber volle Klarheit über die Grundzüge herrscht, ist nicht zu erwarten, daß große Arbeitermassen nach Frankreich geschickt werden.

Bzüglich der Beratungen in Wiesbaden hob der Minister hervor, daß die öffentliche Meinung in Frankreich und einem Teil des übrigen Auslands jetzt noch geteilt sei. Seine Reife von Blättern von wirtschaftlichen und politischen Kreisen hält den Weg des Diktats, des politischen Drucks immer noch für den richtigen. Es war deshalb eine entscheidende und staatsmännische Tat des französischen Ministers der besetzten Gebiete, daß er sich entschloß, nach Wiesbaden zu gehen und persönliche Verhandlungen führen, eine Tat, die in Frankreich nicht widerprüchlos geblieben ist. Der Minister erklärte, daß er aus diesem Grunde dem französischen Minister in jeder Beziehung den Vortritt der Deffentlichkeit gegenüber gelassen habe. Bei den Verhandlungen sind auf beiden Seiten mit voller Loyalität die Schwierigkeiten anerkannt worden, die auf Seiten der Gegenseite bestehen. Die Verhandlungen beschäftigten sich an beiden Tagen mit den skizzierten generellen Problemen. Der Minister betonte, er habe die volle Objektivität empfunden, mit der Herr Loucheur die Interessen seines Landes vertritt. Was die deutsche Seite des Problems anlangt, so wird es sich um die Schaffung eines Organismus handeln, der in großem Umfang in der Lage ist, Aufträge von Frankreich entgegenzunehmen und sie auf deutscher Seite der Bearbeitung zuzuführen. Ferner wird in Deutschland eine Organisation geschaffen werden müssen, die den berechtigten Ansprüchen genügt, die einerseits von den verschiedenen Verbänden auf Mitbeteiligung, andererseits von den verschiedenen Berufsständen gestellt werden. Bzüglich der Reform der Organisation bemerkt der Minister, daß er weder eine Wumba nach ein J.C.G. haben wolle. Der Minister betonte schließlich, daß die Aufgabe des Wiederaufbaus noch nicht gelöst sei. Man könne nicht einseitig Frankreich aufbauen, ohne daß Frankreich es wolle und daß es den ihm gemachten Vorschlägen zustimme. Er hoffe aber, daß diese Bewegung, die die erste im engsten Kreise zwischen verantwortlichen Staatsleuten beider Länder seit Beginn des Krieges gewesen sei, durch Fortsetzung der Beziehungen zur Auffindung einer

Lösung führen werde. Gelingt das, und könnten die Lasten des Ultimatus dadurch Deutschland einigermaßen tragbar gemacht werden, daß sie in Sach- und Arbeitsleistungen verwandelt werden, so liege nicht mehr allein eine wirtschaftliche Aufgabe der Konkurrenzwirtschaft, der Geschäftswirtschaft vor, sondern zum erstenmale eine Aufgabe einer großen Nationalwirtschaft.

## Angedachte französische Ansicht über die Aussprache.

London, 16. Juni. Der Pariser Berichterstatter der „Morning Post“ schreibt, in Frankreich nehme die Ansicht zu, daß die letzten Besprechungen zwischen Loucheur u. Rathenau, die Vorläufer zu einem Einverständnis zwischen Fabrikanten und Finanzleuten Frankreichs und Deutschlands seien, um einen systematischen Wiederaufbau in den zerstörten Gebieten zu bewerkstelligen.

## Ein Bauarbeitervertreter im Aufbauminiſterium.

Berlin, 16. Juni. Das Vorstandsmitglied des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Silberstein, ist als Berater und Mitarbeiter in Arbeiterangelegenheiten in das Reichsministerium für den Wiederaufbau und das Reichskommissariat zur Ausführung von Aufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten berufen worden.

## Die Reparationen.

Paris, 15. Juni. Der Reparationsausschuß teilt in einer offiziellen Verlautbarung mit, daß die deutsche Regierung zu der im Londoner Abkommen vorgesehenen Frist vom 1. 7. eine Gesamtschuldverschreibung über 12 Milliarden Goldmark übergeben werde, eine Entscheidung, die im Einvernehmen mit den Deutschen getroffen worden sei. — Hierzu bemerkt der „Temps“, daß diese Schuldverschreibung, die ein Anerkenntnis des ersten Teils der deutschen Schuld darstelle, später in eine gewisse Anzahl Obligationen nach Uebereinkunft der alliierten Mächte eingeteilt werden solle. Dieser Teil der Schuld solle 5 Prozent Zinsen tragen und mit 1 Prozent amortisiert werden. — In der erwähnten Verlautbarung teilt der Reparationsausschuß ferner mit, er habe in der Angelegenheit der deutschen Holzlieferungen die deutsche Regierung daran erinnert, daß er eine strenge Innehaltung der vorgeschriebenen Fristen erwarte. Die Fristen erstrecken sich vom 28. Mai bis zum 28. September 1921. Im Laufe dieses Zeitabschnitts seien 960 000 Kubikmeter Holz zu liefern, die unter Frankreich, Italien und Belgien verteilt würden.

## Die günstige Finanzlage Frankreichs auf Deutschlands Kosten.

Paris, 15. Juni. Finanzminister Doumer erklärte heute nachmittag bei der Finanzdebatte in der Kammer die Finanzlage Frankreichs. Nach seiner Ansicht können die Ausgaben für das neue Budget von 26 Milliarden in diesem Jahre auf 23 Milliarden herabgesetzt werden. Die normalen Einnahmen würden sich auf 17½ Milliarden belaufen. Zu diesen normalen Einnahmen kämen noch eine Vermehrung der Zolleinnahmen mit 1 Milliarde und das Ergebnis der Abgabe vom Kriegsgewinn im etwaigen Betrag von 8 Milliarden in Betracht. Er hoffe deshalb, mit einem Defizit von 2½ Milliarden durchkommen zu können. Vorgesehen sei eine Erhöhung der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer. Schließlich erklärte Doumer, daß die Demobilisierungskosten der Jahresklasse 1919 in Prioritäten von Deutschland vor jeder Verteilung der Zahlungen an die Alliierten auf Reparationskonto bezahlt werden müßten.

## Die oberschlesische Frage.

Berlin, 17. Juni. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ aus Oppeln meldet, wurde der englische Chef der Abstimmpolizei, Major Keatinge, auf einer Fahrt in das angeblich von den Polen geräumte Gebiet von Insurgenten angehalten und erst nach langem Parlamentieren wieder freigelassen. Auf der Rückfahrt hatte er einen zweiten Zusammenstoß mit den Insurgenten. Major Keatinge hat den Vorfall sofort dem englischen Hauptquartier und General Lerond gemeldet und hinzugefügt, daß englischerseits festgestellt worden sei, daß die durch Dekret Leronds errichteten Gemeindevachen aus polnischen Insurgenten bestehen.

Nach früheren Meldungen verschiedener Entente-Offiziere und Geistlichen in Oppeln befinden sich, einer Blättermeldung aus Oppeln zufolge, in dem polnischen Internierungslager Neuberun 2000 Deutsche im Alter von 16 bis 70 Jahren, die aus allen Kreisen Oberschlesiens verschleppt worden sind. Die Internierten sind vollständig ausgeraubt und zum großen Teil ohne Kleider und Schuhzeug. Die Verpflegung im Lager ist unzureichend und schlecht. Die sanitären Einrichtungen sprechen allem menschlichen Empfinden Hohn. Im Lager wurde ein Typhus ausgebrochen, auch leiden die Gefangenen an Krätze und Ruhr. Oppeln, 16. Juni. Mit Ausnahme von Schieferen bei Ellguth-Tworjan und westlich Ratibor-Hammer ist es heute nicht

zu Kampfhandlungen gekommen. Durch das Einrücken der Engländer in Zembowitz sind die Polen genötigt worden, ihre Angriffe auf Pruskau einzustellen. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind jedoch die englischen Streitkräfte zu schwach, um die deutsche Bevölkerung vor den Drangsalierungen der Polen zu schützen. Der italienische Oberst Salvioni hat angeordnet, daß auf dem rechten Oderufer Ortswehren gebildet werden. Der Belagerungszustand für Ratibor ist aufgehoben worden. Englische Truppen sind in Ratibor, Klein-Altthammer, Ferdinandsdorf, Salesche, Poppitz, Guttentag und Koselitz eingetroffen, französische Truppen ebenfalls in Klein-Altthammer und Koselitz. Außerdem ist Jakobswalde von Franzosen, Lubom und Mandza von Italienern besetzt.

## Eine neue Taktik der Aufrehrer?

Berlin, 16. Juni. Blättermeldungen aus Weuthen zufolge hat sich im Kreise Ples in nächster Nähe des Hauptquartiers Korfantys eine rote Armee gebildet. Der Abteilungskommandant Korfantys wurde abgesetzt. Die bolschewistischen Insurgenten-Abteilungen erpressten von den Industrieverwaltungen und der Kaufmannschaft Beiträge bis zu 200 000 Mark. Auf mehreren Gruben des Zentralschwarzbergwerks weht seit heute die rote Fahne. Einzelne Direktionen wurden unter die Diktatur der Arbeiter gestellt. Korfantys hat sein Hauptquartier nach Wlochnitz im Kreise Groß-Strelitz verlegt. — Wir sollten in Deutschland die Meldungen vom angeblichen Uebergang des Polenaufstandes ins bolschewistische Fahrwasser mit größtem Mißtrauen entgegennehmen, denn wir haben den Eindruck, als ob es sich hier um eine Entente- und Bolschewische Handlung, zu dem Zweck, die polnischen Greuel, Raub- und Mordtaten jetzt den Kommunisten in die Schuhe zu schieben, damit man umso besser im Trüben fischen kann, und womöglich auch noch die Arbeiterkreise gewinnt. Die Schriftst.

## Die Besprechungen zwischen der Ententekommission und dem deutschen Selbstschutz.

Berlin, 16. Juni. Wie die Blätter aus Oberschlesien melden, sind die Verhandlungen zwischen dem englischen General Henniker und dem Führer des deutschen Selbstschutzes, General Höfer, heute fortgesetzt worden. — Laut „Boslicher Zeitung“ sei im wesentlichen eine Einigung erzielt worden. Es sei anzunehmen, daß auch der Zwölferausschuß, mit dem namentlich das englische Mitglied der interalliierten Kommission, Sir Harald Stuart, verhandelt, sich mit den Besprechungen, die in dieser Angelegenheit abgehalten wurden, vorläufig einverstanden erklärt. — Das Sozialdemokratische Mitglied des Zwölferausschusses in Oberschlesien, Cyrus, äußerte sich in den Doppelner Nachrichten über die Verständigung mit der interalliierten Kommission dahin, daß die Verhandlungen der Kommission, den Annaberg zu räumen, und durch italienische Truppen besetzt zu lassen, vielleicht doch bei der Bietung anderer Garantien angenommen werden könnte, da der Berg als militärischer Stützpunkt nicht mehr in Betracht komme. Cyrus fordert als Garantie, daß die Insurgenten wenigstens als erste Etappe Gleiwitz und Hindenburg räumen und hofft, daß auf der gemeinsamen Grundlage eine Einigung zwischen dem Zwölferausschuß und der interalliierten Kommission möglich ist.

Berlin, 17. Juni. Nach einer Meldung der „Bosl. Ztg.“ aus Breslau scheint eine Einigung zwischen dem Zwölferausschuß der deutschen Parteien in Oberschlesien und der Interalliierten Kommission gescheit zu sein. Die Engländer sind in Balenze, einer Vorstadt von Kattowitz, eingedrückt. Durch das Vordringen der Engländer ist auch die Gegend von Lublitz befreit worden.

Einer Meldung des „Berl. Lok.-Anz.“ aus Oppeln zufolge, hat sich eine Abordnung des Zwölferausschusses nach Berlin begeben, um ein Einvernehmen mit der Reichsregierung zu erzielen.

London, 16. Juni. „Daily Telegraph“ meldet, daß die britische Regierung jetzt gemeinsam mit der französischen Regierung auf der Zurückziehung der Truppen des Generals Höfer bestehe. Es werde jedoch keinerlei Druck auf den deutschen Selbstschutz ausgeübt werden, wenn die Insurgenten Korfantys ihr Versprechen, sich zurückzuziehen, nicht halten. In Londoner amtlichen Kreisen ist man durchaus nicht geneigt, den deutschen Selbstschutz mit den polnischen Insurgenten auf die gleiche Stufe zu stellen. — Unsere Auffassung, daß es sich hier um eine hundsgemeine Behinderung der Notwehraktion der Deutschen handelt, tritt immer deutlicher in Erscheinung.

## Die vorsichtige Haltung der britischen Truppen.

London, 16. Juni. Die „Times“ erfahren von gut unterrichteter Seite, von Oberschlesien sei nach London berichtet worden, es bestehe die Möglichkeit, daß die britischen Truppen in den Bezirken Oberschlesiens westlich von den Linien der Insurgenten zusammengezogen werden, um die Freiheit der britischen Verbindungslinie zu sichern, die augenblicklich als von polnischen Insurgenten „gebildet“ bezeichnet wird.

en!  
e und Bekannte, zu  
Juni 1921, statt.  
-Feier  
schen Hof“ freund-  
uth,  
uth, Calw.  
er,  
Ber, Gera-Neuß.  
r.  
ffern.  
ladung.  
e, Freunde und Be-  
ag, den 18. Juni  
-Feier  
in Agenbach  
eeh,  
in Agenbach.  
Bübler,  
er in Weistern.  
Neuweller.  
er besondern Ein-  
en.  
Prima  
peifezwiebeln  
etroffen und empfind-  
n. Consumverca.  
reidmaschienen,  
echen- u. Adler-  
maschinen,  
Vervielfältiger,  
Saugpost-  
Archschling-Wachs-  
und Kohle-Papier  
sowie alle anderen  
trobedarartikel  
fert ausserst günstig  
ouis Schleh,  
Bürobedarf,  
reudenstadt.  
Telefon Nr. 27.  
atalog zu Diensten.  
Kaffee  
in bekannt guter  
Mischung.  
roh und jede  
Woche frisch  
gebrannt  
empfeilt bestens  
C. Serva  
Fernspr.-Nr. 120.  
nen guten  
Langholz-  
wagen  
zu verkaufen  
iterbeförderer Bauer.  
Drucksachen  
fert nach u. sauber die  
uckerlei dies. Blattes.

### Lloyd George über Polen und Konjorten.

London, 16. Juni. Lloyd George erklärte in einer auf einer Walliser Methodistensammlung gehaltenen Rede, er sei voller Enttäuschung, wenn er sehe, daß trotz der Lehren des großen Krieges der Geist des nationalen Hasses, der Habgucht und der schlimmsten Folgen nationalen Stolzes eben so vorherrschen wie früher. Einige der besetzten Nationen scheinen dadurch, daß sie so lange angezettel waren, noch schlimmer geworden zu sein. Er könne unter diesen Nationen keinerlei Zeichen eines Bestrebens zu Gunsten einer Intervention des Völkerbundes in ihren Streitigkeiten oder irgend eine Neigung vor den Beschlüssen des Bundes sehen.

### Die Verzweiflung in Oberschlesien!

Am. Vor einigen Tagen erfuhr man, daß englische und französische Journalisten ihren Blättern berichtet haben, daß im allgemeinen die Vorgänge in Oberschlesien vom deutschen Volk in seiner Mehrheit teilnahmslos hingenommen würden. Sie schrieben: „Die meisten lesen die Zeitungsberichte und damit ist für viele die Sache erledigt. Nur vereinzelt, in bestimmten Zentren, habe man sich zum Protest und zur Hilfsaktion aufgetraut.“ Letzter ist das nur zu wahr. Und doch werden wir alle aufs schwerste in Mitleidenschaft gezogen, geht Oberschlesien für uns verloren. Das geschieht aber umso eher, je mehr die Alliierten die Interesslosigkeit in unserem Vaterlande an dem Schicksal Oberschlesiens merken. Schreibt doch jetzt selbst ein Sonderberichterstatter einer Berliner Tageszeitung:

„Es ist eine ganz merkwürdige Erscheinung, daß über das furchtbare Schicksal, das über Oberschlesien hereingebrochen ist, sich kein Mensch in Deutschland ein richtiges Bild machen kann. Mit einer unverständlichen Unkenntnis und einer unerklärlichen Teilnahmslosigkeit gehen in Deutschland Millionen Menschen darüber hinweg, daß sich hier in Oberschlesien Ereignisse von ebensovoller politischer und wirtschaftlicher Bedeutung wie von erschütterndster menschlicher Tragik zu einer Katastrophe zuspitzen, die doch eigentlich jeden Deutschen unmittelbar berührt. Der bereits seit nunmehr 6 Wochen wütende Aufstand der polnischen Insurgenten hat dieses schwergeprüfte Land schlimmer heimgesucht, als jemals deutsches Land auch während des Krieges zu leiden hatte.“

Mit Erbitterung ist in den verschiedenen Bezirken gekämpft worden. Die ortseingewohnten Deutschen haben sich gegen die polnischen Räuberbanden zur Wehr gesetzt. Grauenhaft sind die Schilderungen von Augenzeugen über Mißhandlungen und Marierungen Deutschgesinnter. Eine furchtbare Sprache reden die spätklichen Briefe, die aus dem bedrängten Reichsteile kommen. Die Kampfesweise der Insurgenten, die sich stolz das „erwachende Heer der heiligen Hedwig“ nennen, ist schlimmer Vandalismus. Sie verwüsten alles, plündern bei jedermann ohne Unterschied des Standes. Die Stimmung in Oberschlesien ist deshalb verzweifelt. Es mangelt an Geld, Lebensmitteln, Kleidung, weil alles gestohlen wird.

Darum sollten allerorts, wo Sammelstellen sich befinden, die Gaben reichlich fließen, denn die Not unserer furchtbar gepeinigten ober-schlesischen Schwestern und Brüder ist entsetzlich! Die Gesamtlage geradezu trostlos!

### Zur auswärtigen Lage.

#### Wi derrechtliche Beschlagnahme sämtlicher deutscher Flugzeuge.

Paris, 16. Juni. Zur gestrigen Sitzung des Völkerbundes teilt „Chicago Tribune“ mit, obwohl die verbündeten Sachverständigen sich über Unterschiede zwischen Militär- und Handelsflugzeugen keineswegs einig seien, sei erklärt worden, Deutschland habe die Vertragsbestimmungen über den Bau von Flugzeugen verlegt. Die internationalisierte Kontrollkommission sei angewiesen worden, sämtliche Militärflugzeuge in Deutschland zu beschlagnahmen. Dem gleichen Schicksal sollen 25% der Handelsflugzeuge verfallen. Dagegen wird der gesamte Rest der deutschen Verkehrsflugzeuge vorübergehend mit Beschlagnahme belegt werden, bis sie sich den bekannten Beschränkungen des Friedensvertrags gefügt haben. Fürs erste würde also durch diesen Beschluß die gesamte deutsche Luftschiffahrt lahmgelegt werden.

#### Fortsetzung der Deutschenhege in Frankreich.

Paris, 16. Juni. Die heutige Sitzung des Senats begann mit einer Debatte über den Zeitpunkt der Beratung der Interpellation Duplantier über die Maßnahmen, die die Regierung zu ergreifen gedenke, um die Württemberg der Kriegsschuldigen nach dem Versailler Vertrag zu gewährleisten. Briand erklärte, daß noch keiner der von Frankreich bezeichneten Angeklagten vor dem Reichsgericht erschienen sei und daß er es für unklug halte, die Urteilsgründe abzuwarten, die in dieser Hinsicht binnen kurzem gefällt werden müßten. Duplantier bestand jedoch auf dem dringlichen Charakter seiner Interpellation. Das Reichsgericht habe bereits fünf Urteile über Angeklagte von Seiten Englands und Belgiens gesprochen. Außerdem handle es sich um die Aburteilung des ehemaligen deutschen Kaisers. Es sei nötig zu wissen, warum die Bestimmungen des Versailler Vertrags hierüber nicht eingehalten worden seien. Briand erwiderte, es könne unbedachtam erscheinen, wenn der Senat eine besondere Meinung äußere über Fälle, die nur England und Belgien angehen. Die Debatte würde gewinnen, wenn sie die gesamte Angelegenheit zum Gegenstand habe. Was den Erlaßer anlangt, so seien zwei Jahre seit dem Waffenstillstand verstrichen und der Senat werde zweifellos der Meinung sein, daß dieser Fall ohne Schwierigkeiten mit den anderen verbunden werden könne. Duplantier fragte die Regierung, ob sie zugeben könne, daß die Angeklagten entgegen den Bestimmungen des Friedensvertrags von einem deutschen Gericht abgeurteilt würden. Die Interpellation werde dem Senat die Möglichkeit geben, seinen Empfindungen Ausdruck zu verleihen. — Die Beratung über die Interpellation wurde hierauf auf unbestimmte Zeit vertagt. — Man sieht, jeden Tag wird ein anderer „Fall“ erfunden, um Deutschland weiter pressen und zermürben zu können.

### Der Freund Wilsons über die inneren Verhältnisse in Deutschland.

London, 16. Juni. Oberst House schreibt im „Philadelphia Public Leader“, er habe persönlich den Eindruck, daß unter den gegebenen Bedingungen Deutschland zahlen könne und wolle. Es erscheine aber notwendig, daß sowohl in Deutschland als auch in Frankreich stetig Regierungen seien. House erklärt, es würde ein großes Unglück bedeuten, wenn in Deutschland Neuwahlen erfolgen würden. Das Ergebnis würde sicher so sein, daß eine stärkere Linke und eine viel stärkere Rechte, sowie schwache Mittelparteien daraus hervorgingen. Wenn die äußerste Linke oder die äußerste Rechte die Kontrolle in Deutschland erhielte, so würde dies einen entschiedenen Wechsel in der Politik bringen und vielleicht zu einer Art von Bürgerkrieg führen. House bemerkt in seinem Artikel außerdem, daß in Berlin wenig von Reichtum und Wohlfahrt zu spüren sei, wovon immer gesprochen werde.

### Bereitwilligkeit der Schweiz zu einem Handelsvertrag mit Sowjet-Rußland.

Genève, 15. Juni. Der schweizerische Bundesrat hat sich in einer Mitteilung an Krasin bereit erklärt, einen Moskauer Entwurf eines zwischen der Schweiz und Rußland abzuschließenden Handelsvertrags entgegenzunehmen.

### Spanischer Besuch in London.

London, 17. Juni. Der König von Spanien und sein Sohn, Infant Jaime, sind gestern abend hier angekommen.

### Ministerkrise in Konstantinopel?

Paris, 15. Juni. Habas meldet aus Konstantinopel, daß man infolge der gegenwärtigen politischen Lage in türkischen Kreisen eine Ministerkrise für möglich halte. Man glaube indessen, daß der Großwesir selbst in der Regierung bleiben werde, die im übrigen umgestaltet werden solle. Nach einer Blättermeldung ist das Kabinett durch einen Erlaß des Sultans bereits gebildet. Großwesir sei Tansil Pascha. Die Finanzen seien Husein Pascha, das Ministerium des Inneren Biat Pascha und das Marineministerium Sal Pascha übertragen. — Die „türkische Regierung“ in Konstantinopel steht bekanntlich unter Aufsicht der Entente-Stellen und Entente-Diplomaten. Sie darf nicht als die Regierung des türkischen Volkes angesehen werden. Diese hat ihr „Hauptquartier“ in Angora.

### Japan gibt nach.

London, 17. Juni. Nach einer Neuter-Meldung aus Washington verlautet, daß die Grundlage der Regelung der Papfrage zwischen den Vereinigten Staaten und Japan die Internationalisierung der Kabelniederlagen auf der Insel sein werde. Ferner solle das Versprechen, Sühntung an China zurückzugeben, sobald als möglich erfüllt werden, ohne erst die Frage an ein europäisches Tribunal zu verweisen. Japan wolle in dieser Provinz nur die auch den Eingekerkerten Rechte behalten.

### Japan erkennt die antibolsche Regierung in fernem Osten nicht an.

Reval, 15. Juni. Nach Moskauer Nachrichten wird die von Semenov gebildete Regierung in fernem Osten von den ausländischen Vertretern, darunter auch Japan, nicht anerkannt. Japan macht der Regierung den Vorwurf antidemokratischer Tendenzen.

### Ausland.

#### Millionenstiftung für die Wiener Hochschulen.

Wien, 16. Juni. Wie das „Wiener Abendblatt“ meldet, hat der Hauptverband der Industrie Oesterreichs gemeinsam mit den Führern von Banken beschlossen, für die Wiener Hochschulen acht Millionen Kronen zu stiften. Die Zuwendung erfolgt in Berücksichtigung der Lage der Wiener Hochschulen, deren wirtschaftlicher Betrieb durch die wirtschaftlichen Verhältnisse gefährdet ist.

#### Schlechte wirtschaftliche Lage in der tschechischen Glasindustrie.

Wien, 15. Juni. Wie aus Haiba gemeldet wird, haben die meisten Glasfabriken in der Tschechoslowakei ihren Arbeitern mit der Begründung gelündigt, daß sie wegen weiterer Verschlechterung der Wirtschaftslage zur Einstellung ihrer Betriebe gezwungen seien.

#### Maßnahmen der ungarischen Regierung gegen Arbeitslosigkeit und Wohnungsleiden.

Budapest, 16. Juni. Der Ministerat beschloß sich mit der Frage der Arbeitslosigkeit und nahm im Budget 300 Millionen Kronen auf, um sofort öffentliche Bauarbeiten in Angriff zu nehmen, wodurch nicht nur der Arbeitslosigkeit, sondern auch dem Wohnungsleiden abgeholfen werde.

#### Zum englischen Bergarbeiterstreik.

London, 17. Juni. Nach den bis jetzt bekannt gewordenen Ergebnissen der Bergarbeiterabstimmung sind für die Annahme der Bedingungen der Arbeitgeber 61747 und dagegen 156633 Stimmen abgegeben worden.

#### Englische Tendenznachrichten über den irischen Freiheitskampf.

London, 17. Juni. Grennwood teilte gestern im Unterhaus mit, daß seit Juli 1920 in Irland von den Sinn Feinern insgesamt 566 Personen ermordet worden seien. — Vierzig Irren schon von den Engländern umgebracht worden sind, das wird natürlich nicht gemeldet.

### Aus dem besetzten Gebiet.

#### Die „praktischen“ Sanktionen.

Paris, 15. Juni. Nach dem „Journal“ sind die französischen Winzer und Weinbändler zu einer sogenannten „Weinwoche“ nach Bordeaux eingeladen worden, wo Beschlüsse gefaßt werden sollen, um die französische Regierung zu veranlassen, den Weinausfuhr aus Frankreich nach dem Rheinland weitere Erleichterungen zu gewähren. Es unterliegt keinem Zweifel, daß man seitens des französischen Weinbaus versucht, die Konjunktur infolge der Sanktionen in im Rheinland auszunutzen. Schon jetzt klagt aber der rheinische Weinbau und Weinhandel darüber, daß es ihnen infolge der Ueber-

schwemmung des Rheinlands mit französischen Weinen nicht möglich sei, mit diesen zu konkurrieren. Sollten nun weitere Erleichterungen dem französischen Weinhandel zugelassen werden, so wäre das gleichbedeutend mit dem Ruin des rheinischen Weinbaus. — Die „moralischen“ Sanktionen, verhängt über Deutschland aus Gründen der „politischen Moral“ und Gerechtigkeit, zur Strafe, weil wir uns nicht ohne weiteres der politischen Entmündigung und der wirtschaftlichen Ausbeutung durch die Entente ausliefern wollten, schaffen für den französischen Handel jeder Art die günstigste Konjunktur.

#### Die französische Mißwirtschaft im Saargebiet.

Paris, 15. Juni. In der französischen Kammer hat eine Untersuchungskommission zum Studium der Bergwerksfragen im Saargebiet ihr Bureau gebildet, zu deren Präsidenten der Abgeordnete Leriche ernannt wurde. Diese Untersuchungskommission soll wahrscheinlich dem Zweck dienen, das geheimnisvolle Dunkel der französischen Mißwirtschaft auf den Saargruben etwas aufzuhellen. Bekanntlich bestand neuerdings in französischen politischen Kreisen die Absicht, die Gewinne aus den Saargruben unter die Kriegsbeschädigten zu verteilen. Diese dürften aber aus dem Vertrag der Gruben kaum etwas profitieren, da es wohl erst einer sehr gründlichen Reorganisation bedürfen wird, ehe die Saargruben nur halb so ertragreich sein werden, wie sie es unter deutscher Verwaltung waren.

#### Der Kampf gegen das Deutschtum im Saargebiet.

Saarbrücken, 15. Juni. Nach einer Verfügung des Regierungskommissars dürfen Mitglieder der Kommunalverbände des Saargebietes außerfranzösischen Verbänden nicht mehr angehören. Das welcher weittragenden Bedeutung diese Verfügung ist, kann man ermaßen, wenn man bedenkt, daß die Kommunalverbände jetzt aus allen Körperschaften zur Wohlfahrtspflege, Wohnungs- und Siedlungsfürsorge usw., denen sie zum großen Nutzen der Bevölkerung angehört, ausscheiden müssen. Aber auf die Wohlfahrt der Bevölkerung kommt es ja der Regierungskommission weniger an als auf die Durchführung der schärfsten Abschneidung vom Mutterland. — Der Kampf gegen das Deutschtum — den Franzosen geht es nicht schnell genug — nimmt immer mehr Formen an, aber auch wirksamere Formen an.

#### Ueberwachung des Postverkehrs mit dem besetzten Gebiet.

Berlin, 15. Juni. Der Reichswirtschaftsminister legte dem wirtschaftspolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats einen Beschlusses betreffend die Ueberwachung des Verkehrs mit Poststellen zwischen dem unbesetzten und dem besetzten Gebiet vor. Man müsse ohne solche Ueberwachung eine Ueberwachungsmaßnahme aus dem besetzten Gebiet mit unerwünschten ausländischen Luxuswaren befürchten. Schon jetzt werde dieser Zustrom auf eine halbe bis eine Milliarde Mark monatlich geschätzt. Hierauf sei vermuthlich die Schwächung der deutschen Valuta zurückzuführen. Der Ausschuss erklärte sich einstimmig mit dem Beschlusse einverstanden und faßte dann ebenfalls einstimmig eine Entschleunigung, durch die die Reichsregierung ersucht wird, auf die Beseitigung der dem Friedensvertrag und dem Völkerrecht widersprechenden Zwangsmaßnahmen mit größter Nachdruck hinzuwirken.

#### Protestkundgebungen in der Pfalz wegen der Ermordung des Abgeordneten Gareis.

Saarbrücken, 16. Juni. In allen Teilen der Pfalz fanden gestern und heute mit Genehmigung der französischen Besatzungsbehörden ausschließlich der Ermordung des Abgeordneten Gareis große Arbeiterdemonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel statt. In größeren Betrieben wurde die Arbeit niedergelegt. In Speyer wurde ein 24stündiger Generastreik proklamiert. Die Veranstaltungen verliefen ruhig. — Man sieht, die Franzosen verstehen derartige Ereignisse glänzend für sich auszunutzen.

#### Saarkohlen für die österreichischen Staatsbahnen.

Saarbrücken, 14. Juni. Aus dem Kohlenüberfluß der Saarbergwerke, die bekanntlich zum Ersatz der im Kriege zerstörten österreichischen Gruben an Frankreich übergeben wurden, werden nunmehr den österreichischen Staatsbahnen im Juni, Juli und August je 30 000 Tonnen abgegeben werden. Da infolge der von Deutschland aus dem Ruhrgebiet gelieferten Reparationskohle in Frankreich Kohlenüberfluß herrscht, hat Frankreich für die Saarkohle keine Verwendung. Die Saargruben schickten daher einen großen Teil der geförderten Kohlen auf die Halben, legten Feuerlöcher ein und nahmen Betriebs Einschränkungen vor. Der Versuch, Saarkohle für Deutschland zu erlangen, scheiterte daran, daß Frankreich für Lieferung nach Süddeutschland hochwertige Kohle in gleicher Menge beanspruchte, während Deutschland diese Lieferungen bezahlen sollte. Auf dieses Verlangen konnte Deutschland nicht eingehen, da nachweislich von Frankreich hochwertige Reparationskohle an das Ausland weiterverkauft wurde. So erschließt die Tatsache ist, daß ein Teil der Saarkohle jetzt indirekt dem deutschen Volke zugute kommt, so handelt es sich doch nur um eine Tagesförderung im Monat, die also eine wesentliche Besserung der wirtschaftlichen Lage der Saarbergleute nicht bringen wird. Während also die Bergleute an der Saar infolge Abzähmangels für die Saarkohlen noch immer Forderungen stellen müssen, leidet das deutsche Wirtschaftsleben fühlbar unter Kohlenmangel.

### Deutscher Reichstag.

#### Abstimmung über die Getreidewirtschaft.

Berlin, 16. Juni. Der Reichstag trat heute zunächst den Anträgen seines Geschäftsordnungsausschusses bei und lehnte die Genehmigung zur Einleitung von Strafverfahren gegen je zwei Abgeordnete der Unabhängigen und der Kommunisten ab, ebenso im Hammelsprung mit 187 gegen 108 Stimmen der gesamten Linken den kommunistischen Antrag auf Haftentlassung des Abgeordneten Thomas (Komm.), worüber diese mit Pfaffenkurt über die Regelung des Verkehrs mit Getreide mit der Abstimmung über den § 1, der die Umlage festsetzt, fortgesetzt. In der Abstimmung über die einzelnen Anträge wurden diese mit Ausnahme des Antrags Böhme-Umlage, der die Umlage auf 2,5 Millionen Tonnen herabsetzen will, abgelehnt, ebenso in der Gesamtstimmung durch Hammelsprung mit 198 gegen 146

Stimmen der ganze dieses grundlegenden rüchig, legte das Sa trat für die freie W verfahren alle Nach mit zweierlei Preile bewirtschaftet werde die sofortige Einfüh sei unmöglich. Man Getreide aus der La Landwirtschaft bei g sieren seien für die ausreißend. Abg. einigen Tagen ein Weltmarktpreis würde. Seine Part Anzahl Paragraphen Kompromißanträge stum, wonach die o Reichsgetreidestelle f sich wurde der Ref genommen und der ernaunenden Terner Schuß des Realokom namentlicher Abstimm seht, nachdem Abg. der Bezüge d Am 8 Uhr wurde — Nach Wvertauf dritte Lesung des G Zentrum, die DVP, antrag geneigt, der § 1 hat, also die l und lediglich die erf verschiebt. Abg. E daß diese schweren gegenüber der Weib Uebel sei. Der P Parteien gegen die Geleises mit unweie der Gesamtstimmun Eckardt (Komm.) di seßlich an. Die Ab träge sei eine Kam gierung und dem wurde das Geleis genommen. Nächste Tagesordnung: An von Luftfahrzeugen den Fall Gareis.

Der Kampf gegen das Deutschtum im Saargebiet. Saarbrücken, 15. Juni. Nach einer Verfügung des Regierungskommissars dürfen Mitglieder der Kommunalverbände des Saargebietes außerfranzösischen Verbänden nicht mehr angehören. Das welcher weittragenden Bedeutung diese Verfügung ist, kann man ermaßen, wenn man bedenkt, daß die Kommunalverbände jetzt aus allen Körperschaften zur Wohlfahrtspflege, Wohnungs- und Siedlungsfürsorge usw., denen sie zum großen Nutzen der Bevölkerung angehört, ausscheiden müssen. Aber auf die Wohlfahrt der Bevölkerung kommt es ja der Regierungskommission weniger an als auf die Durchführung der schärfsten Abschneidung vom Mutterland. — Der Kampf gegen das Deutschtum — den Franzosen geht es nicht schnell genug — nimmt immer mehr Formen an, aber auch wirksamere Formen an.

Ueberwachung des Postverkehrs mit dem besetzten Gebiet. Berlin, 15. Juni. Der Reichswirtschaftsminister legte dem wirtschaftspolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats einen Beschlusses betreffend die Ueberwachung des Verkehrs mit Poststellen zwischen dem unbesetzten und dem besetzten Gebiet vor. Man müsse ohne solche Ueberwachung eine Ueberwachungsmaßnahme aus dem besetzten Gebiet mit unerwünschten ausländischen Luxuswaren befürchten. Schon jetzt werde dieser Zustrom auf eine halbe bis eine Milliarde Mark monatlich geschätzt. Hierauf sei vermuthlich die Schwächung der deutschen Valuta zurückzuführen. Der Ausschuss erklärte sich einstimmig mit dem Beschlusse einverstanden und faßte dann ebenfalls einstimmig eine Entschleunigung, durch die die Reichsregierung ersucht wird, auf die Beseitigung der dem Friedensvertrag und dem Völkerrecht widersprechenden Zwangsmaßnahmen mit größter Nachdruck hinzuwirken.

Protestkundgebungen in der Pfalz wegen der Ermordung des Abgeordneten Gareis. Saarbrücken, 16. Juni. In allen Teilen der Pfalz fanden gestern und heute mit Genehmigung der französischen Besatzungsbehörden ausschließlich der Ermordung des Abgeordneten Gareis große Arbeiterdemonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel statt. In größeren Betrieben wurde die Arbeit niedergelegt. In Speyer wurde ein 24stündiger Generastreik proklamiert. Die Veranstaltungen verliefen ruhig. — Man sieht, die Franzosen verstehen derartige Ereignisse glänzend für sich auszunutzen.

Saarkohlen für die österreichischen Staatsbahnen. Saarbrücken, 14. Juni. Aus dem Kohlenüberfluß der Saarbergwerke, die bekanntlich zum Ersatz der im Kriege zerstörten österreichischen Gruben an Frankreich übergeben wurden, werden nunmehr den österreichischen Staatsbahnen im Juni, Juli und August je 30 000 Tonnen abgegeben werden. Da infolge der von Deutschland aus dem Ruhrgebiet gelieferten Reparationskohle in Frankreich Kohlenüberfluß herrscht, hat Frankreich für die Saarkohle keine Verwendung. Die Saargruben schickten daher einen großen Teil der geförderten Kohlen auf die Halben, legten Feuerlöcher ein und nahmen Betriebs Einschränkungen vor. Der Versuch, Saarkohle für Deutschland zu erlangen, scheiterte daran, daß Frankreich für Lieferung nach Süddeutschland hochwertige Kohle in gleicher Menge beanspruchte, während Deutschland diese Lieferungen bezahlen sollte. Auf dieses Verlangen konnte Deutschland nicht eingehen, da nachweislich von Frankreich hochwertige Reparationskohle an das Ausland weiterverkauft wurde. So erschließt die Tatsache ist, daß ein Teil der Saarkohle jetzt indirekt dem deutschen Volke zugute kommt, so handelt es sich doch nur um eine Tagesförderung im Monat, die also eine wesentliche Besserung der wirtschaftlichen Lage der Saarbergleute nicht bringen wird. Während also die Bergleute an der Saar infolge Abzähmangels für die Saarkohlen noch immer Forderungen stellen müssen, leidet das deutsche Wirtschaftsleben fühlbar unter Kohlenmangel.

Deutscher Reichstag. Berlin, 16. Juni. Der Reichstag trat heute zunächst den Anträgen seines Geschäftsordnungsausschusses bei und lehnte die Genehmigung zur Einleitung von Strafverfahren gegen je zwei Abgeordnete der Unabhängigen und der Kommunisten ab, ebenso im Hammelsprung mit 187 gegen 108 Stimmen der gesamten Linken den kommunistischen Antrag auf Haftentlassung des Abgeordneten Thomas (Komm.), worüber diese mit Pfaffenkurt über die Regelung des Verkehrs mit Getreide mit der Abstimmung über den § 1, der die Umlage festsetzt, fortgesetzt. In der Abstimmung über die einzelnen Anträge wurden diese mit Ausnahme des Antrags Böhme-Umlage, der die Umlage auf 2,5 Millionen Tonnen herabsetzen will, abgelehnt, ebenso in der Gesamtstimmung durch Hammelsprung mit 198 gegen 146

Stimmen der ganze dieses grundlegenden rüchig, legte das Sa trat für die freie W verfahren alle Nach mit zweierlei Preile bewirtschaftet werde die sofortige Einfüh sei unmöglich. Man Getreide aus der La Landwirtschaft bei g sieren seien für die ausreißend. Abg. einigen Tagen ein Weltmarktpreis würde. Seine Part Anzahl Paragraphen Kompromißanträge stum, wonach die o Reichsgetreidestelle f sich wurde der Ref genommen und der ernaunenden Terner Schuß des Realokom namentlicher Abstimm seht, nachdem Abg. der Bezüge d Am 8 Uhr wurde — Nach Wvertauf dritte Lesung des G Zentrum, die DVP, antrag geneigt, der § 1 hat, also die l und lediglich die erf verschiebt. Abg. E daß diese schweren gegenüber der Weib Uebel sei. Der P Parteien gegen die Geleises mit unweie der Gesamtstimmun Eckardt (Komm.) di seßlich an. Die Ab träge sei eine Kam gierung und dem wurde das Geleis genommen. Nächste Tagesordnung: An von Luftfahrzeugen den Fall Gareis.

Der Kampf gegen das Deutschtum im Saargebiet. Saarbrücken, 15. Juni. Nach einer Verfügung des Regierungskommissars dürfen Mitglieder der Kommunalverbände des Saargebietes außerfranzösischen Verbänden nicht mehr angehören. Das welcher weittragenden Bedeutung diese Verfügung ist, kann man ermaßen, wenn man bedenkt, daß die Kommunalverbände jetzt aus allen Körperschaften zur Wohlfahrtspflege, Wohnungs- und Siedlungsfürsorge usw., denen sie zum großen Nutzen der Bevölkerung angehört, ausscheiden müssen. Aber auf die Wohlfahrt der Bevölkerung kommt es ja der Regierungskommission weniger an als auf die Durchführung der schärfsten Abschneidung vom Mutterland. — Der Kampf gegen das Deutschtum — den Franzosen geht es nicht schnell genug — nimmt immer mehr Formen an, aber auch wirksamere Formen an.

Ueberwachung des Postverkehrs mit dem besetzten Gebiet. Berlin, 15. Juni. Der Reichswirtschaftsminister legte dem wirtschaftspolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats einen Beschlusses betreffend die Ueberwachung des Verkehrs mit Poststellen zwischen dem unbesetzten und dem besetzten Gebiet vor. Man müsse ohne solche Ueberwachung eine Ueberwachungsmaßnahme aus dem besetzten Gebiet mit unerwünschten ausländischen Luxuswaren befürchten. Schon jetzt werde dieser Zustrom auf eine halbe bis eine Milliarde Mark monatlich geschätzt. Hierauf sei vermuthlich die Schwächung der deutschen Valuta zurückzuführen. Der Ausschuss erklärte sich einstimmig mit dem Beschlusse einverstanden und faßte dann ebenfalls einstimmig eine Entschleunigung, durch die die Reichsregierung ersucht wird, auf die Beseitigung der dem Friedensvertrag und dem Völkerrecht widersprechenden Zwangsmaßnahmen mit größter Nachdruck hinzuwirken.

Protestkundgebungen in der Pfalz wegen der Ermordung des Abgeordneten Gareis. Saarbrücken, 16. Juni. In allen Teilen der Pfalz fanden gestern und heute mit Genehmigung der französischen Besatzungsbehörden ausschließlich der Ermordung des Abgeordneten Gareis große Arbeiterdemonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel statt. In größeren Betrieben wurde die Arbeit niedergelegt. In Speyer wurde ein 24stündiger Generastreik proklamiert. Die Veranstaltungen verliefen ruhig. — Man sieht, die Franzosen verstehen derartige Ereignisse glänzend für sich auszunutzen.

Weinen nicht möglich  
weitere Erleichterungen  
werden, so wäre das  
Wohnhaus. — Die  
Verständnis aus Gründen  
Strafe, weil wir uns  
ung und der wirtschaftl.  
vollsten, schaffen für  
te Konjunktur.

**im Saargebiet.**  
nummer hat eine Unter-  
n im Saargebiet  
en der Abgabe Wei-  
on soll wahrscheinlich  
der französischen Wap-  
ellen. Bekanntlich be-  
treffen die Abgabe, die  
die Abgabe schäd-  
er aus dem Vertrag der  
sehr gefährlichen  
ruden nur halb so er-  
Berwaltung waren.

**im Saargebiet.**  
ung des Regierungs-  
verbände des Saarge-  
hr angehören. Von  
ung ist, kann man er-  
verbände legt aus allen  
tungs- und Steuerungs-  
Verordnung ange-  
fahret der Bevölkerung  
an als auf die Durch-  
te dann ebenfalls ein-  
nicht schnell genug —  
Kamere Formen an.

**Besetzten Gebiet.**  
minister legte dem mit-  
rats einen Vorschlag  
mit Vorkonten zu-  
vor. Man müsse ohne  
dem besetzten Gebiet  
n befürchten. Schon  
eine Milliarde Mark  
Schwächung der deut-  
erklärte sich einstim-  
te dann ebenfalls ein-  
Reichsregierung er-  
trag und dem Wäl-  
schonsten Nachdruck hin-

**aus wegen der  
den Gabeln.**  
Waffen fanden später  
Verhandlungsbehörde an-  
die Arbeiter-Demonstra-  
tion statt. In größeren  
in Speyer wurde ein  
transformationen verles-  
en derartige Ereignisse

**Staatsbahnen.**  
überwiegend der Saar-  
Kriege zehnten noch  
wurden, werden nun  
im Juni, Juli und  
Da infolge der von  
Reparationskosten in  
reich für die Saar-  
schätzten daher eine  
Halben, letzten Inter-  
agen vor. Der Ver-  
scheiterte daran, daß  
hochwertige Inter-  
und Deutschland die-  
angen konnte Deutsch-  
rechtlich hochwertige In-  
wurde. So ersichtlich  
geht indirekt dem deut-  
h nur um eine Tages-  
Besserung der wirt-  
ungen wird. Während  
mangels für die Saar-  
en, teilt das deutsche

**Wirtschaft.**  
heute zunächst den  
tes bei und letzte  
Anverfahren gegen je-  
er Kommunisten ab.  
18 Stimmen der ge-  
auf Haftentlassung  
mit Futuristen quit-  
des Geschehens  
treibe mit der Ab-  
steht, fortgesetzt. In  
se wurden diese mit  
der die Umlage auf  
lehnt, ebenso in der  
mit 198 gegen 145

Stimmen der ganze § 1. Da der Minister trotz Ablehnung dieses grundlegenden Paragraphen den Gesetzentwurf nicht zurückzog, setzte das Haus die Beratung fort. Abg. Heim (DVP.) trat für die freie Wirtschaft ein und erklärte, daß das Umlageverfahren alle Nachteile der Zwangswirtschaft habe. Getreide mit zweierlei Preisen könne nicht von ein- und derselben Hand bewirtschaftet werden. Reichsminister Dr. Hermes erklärte: die sofortige Einführung der freien Wirtschaft beim Getreide sei unmöglich. Man wolle noch einmal eine bestimmte Menge Getreide aus der Landwirtschaft herausheben und das könne die Landwirtschaft bei gutem Willen leisten. Die vorhandenen Reserven seien für einen Übergang zur freien Wirtschaft nicht ausreichend. Abg. Hinderer (Z.) betonte, daß der freie Handel in einigen Tagen ein hinausschnelles des Getreidepreises zu den Weltmarktpreisen bewirken und den Brotpreis verdreifachen würde. Seine Partei lehne dafür die Verantwortung ab. Eine Anzahl Paragraphen wurde dann angenommen, ebenso eine Kompromißanfrage der Mehrheitsparteien, ferner ein Antrag Blum, wonach die obersten Landesbehörden das Umlagegeld der Reichsgetreidestelle bis zum 5. Juli mitzuteilen haben. Schließlich wurde der Rest des Gesetzes in der Ausschussfassung angenommen und der Antrag des Ausschusses, angefaßt der zu erwartenden Teuerung im Gesetz Vorkerkungen zu treffen zum Schutze des Reallohns und namentlich der Rentienempfänger, in namentlicher Abstimmung mit 206 gegen 136 Stimmen abgelehnt, nachdem Abg. Dr. Herz (USP.) eine sofortige Aufhebung der Bezüge der Beamten und Arbeiter verlangt hatte. Am 4. 8. Uhr wurde die Sitzung auf eine Stunde unterbrochen. — Nach Wiederaufnahme der Sitzung trat das Haus in die dritte Lesung des Gesetzes ein. In der Pause hatten sich das Zentrum, die DVP. und die Demokraten auf einen Kompromißantrag geeinigt, der den gleichen Wortlaut wie der abgelehnte § 1 hat, also die Umlage auf 2,5 Millionen Tonnen festsetzt und lediglich die ersten Lieferungen auf Oktober und Dezember verschiebt. Abg. Schiele (DN.) erklärte namens seiner Partei, daß diese schweren Herzens diesem Kompromiß beitrete, da es gegenüber der Beibehaltung der Zwangswirtschaft das kleinere Übel sei. Der Antrag wurde von sämtlichen bürgerlichen Parteien gegen die Linke angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes mit unwesentlichen Zusätzen und Abänderungen. Vor der Gesamtstimmung griffen die Abg. Dr. Herz (USP.) und Eckardt (Komm.) die bürgerlichen Parteien und die Regierung heftig an. Die Ablehnung aller von der Linken gestellten Anträge sei eine Kampfanfrage an die Arbeiterklasse, die der Regierung und dem System schärfsten Kampf erklärte. Dann wurde das Gesetz unter lauten Pfiffrufen der Linken angenommen. Nächste Sitzung morgen nachmittags 1 Uhr mit der Tagesordnung: Anfragen, Gesetz betreffend Verbot des Baues von Luftfahrzeugen und Interpellation der Unabhängigen über den Fall Garetis.

**Bevorstehende wichtige Erklärungen des Reichsaussenministers.**  
Berlin, 17. Juni. Wie die „Voss. Ztg.“ mitteilt, wird der neue Minister des Auswärtigen, Dr. Rosen, bei Beantwortung der Interpellation über Oberbefehl, die am Sonnabend auf der Tagesordnung des Reichstags steht und bei Beantwortung der Anfrage über die Aufhebung der Sanktionen, die am Montag im Reichstag verhandelt werden soll, sich über wichtige außenpolitische Fragen äußern.

**Aus Stadt und Land.**  
Calw, den 17. Juni 1921.  
**Dienstnachricht.**  
Am 15. ds. Ms. wurde Oberlehrer Hinderer in Hirsau, Ob. Calw, in den Ruhestand versetzt.  
**Zustizdienstprüfung.**  
Bei der kürzlich vorgenommenen 1. höheren Justizdienstprüfung ist u. a. für befähigt erklärt worden Emil Nagel von Calw.  
**Die Frage der Zwangspensionierung.**  
Der Württ. Beamtenbund hat sich für die Zurücksetzung eines Beamten mit dem Ablauf des 65. Lebensjahres im Regelfall ausgesprochen. Beamte, die in körperlicher und geistiger Beziehung noch allen Anforderungen gewachsen sind, soll das Verbleiben im Dienst bis zum 68. Lebensjahr vorbehalten werden.  
**Erwerbslosenfürsorge.**  
Entsprechend einem neuerlichen Beschluß der Reichsregierung hat der Reichsarbeitsminister die Geltung der gegenwärtigen Höchstätze der Erwerbslosenfürsorge, die ursprünglich nur für die Wintermonate gelten sollten, um einen weiteren Monat, also bis 31. Juli 1921, verlängert.

Ueber die Beschäftigung gewerblicher Arbeiter, für welche  
**Arbeitsbücher**  
vorgeschrieben sind, werden nachstehende Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung hiermit in Erinnerung gebracht:  
1. Aus der Schule entlassene Personen unter 21 Jahren, ohne Unterricht des Geschlechtes, dürfen als gewerbliche Arbeiter nur beschäftigt werden, wenn sie mit einem Arbeitsbuche versehen sind. Als gewerbliche Arbeiter gelten auch Lehrlinge.  
2. Das Arbeitsbuch wird dem Arbeiter durch die Polizeibehörde desjenigen Ortes ausgestellt, an welchem er zuletzt seinen dauernden Aufenthalt gehabt hat.  
3. Bei der Annahme eines arbeitsbuchspflichtigen Arbeiters hat der Arbeitgeber das Arbeitsbuch einzufordern und bis zur Lösung des Arbeitsverhältnisses zu verwahren.  
4. Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen werden mit Geldstrafe bis zu 20.— Mark eventl. mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft.  
Calw, den 16. Juni 1921.  
Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

**Fortbildungskurs für stellenlose Kaufleute.**  
Der dem Landesamt für Arbeitsvermittlung angegliederte Arbeitsnachweis für Kaufleute und Techniker hat, wie schon im Oktober vor Jz., so auch wieder im März und April mit Hilfe der von der produktion Erwerbslosenfürsorge zur Verfügung gestellten Mittel einen Kursus mit 40 Teilnehmern in Maschinenschreiben und Stenographieren für stellenlose Kaufleute veranstaltet. Bis Mitte Mai hatten bereits 26 Teilnehmer passende Stellen bekommen. Da alle diese jungen Kaufleute ohne die in dem Kurs erworbenen Kenntnisse zweifellos noch mindestens 3 Monate lang ohne Arbeit geblieben wären, so kann als rein finanzieller Erfolg des Kurzes eine Ersparnis an Erwerbslosenunterstützung von mindestens 14 000 M. gebucht werden. Ende dieses Monats findet ein dritter derartiger Kurs statt.

**Verfügung der Generaldirektion über Annahme von Notgeld.**  
Städtisches Notgeld ist künftig nur noch von den Stationsstellen des Bezirks anzunehmen, in dem das Notgeld ausgegeben wird. Die Einlösung des Notgelds nimmt die Stationskasse am Sitz des Ausgaborts vor. Auf den Ablauf der Gültigkeit, sowie auf die Bekanntmachungen über den Einzug des Notgelds ist genau zu achten.

**Flugpost.**  
Seit 15. Juni werden die Flugpostkurse zwischen Stuttgart und Konstanz in beiden Richtungen außer zur Beförderung der eigentlichen Flugpostsendungen, für welche der geringe Flugzuschlag bezahlt ist, verkehrsmäßig auch zur Beförderung von Briefsendungen und von sonstigen Brief- und Postkarten benutzt, für die der Flugzuschlag nicht entrichtet ist.  
Da jedoch diese erweiterte Flugbeförderung nur einen Teil der jeweils vorliegenden Briefsendungen umfaßt und da ein Anspruch auf Flugbeförderung von Briefen, für die keine Fluggebühren entrichtet sind, nicht besteht, liegt es im Interesse des Publikums, sich die mit der Flugpostbeförderung verbundene Beschleunigung durch Entrichtung der niedrigen Flugzuschläge, über die jede Postanstalt Auskunft erteilt, ständig zu sichern.  
Nachstehende Zusammenstellung zeigt die Ankunftszeit eines etwa um 9 Uhr beim Postamt Nr. 1 in Stuttgart aufgegebenen Briefs, wobei

a) die Ankunftszeit bei Benützung des Flugzeugs zwischen Stuttgart und Konstanz,	b) die Ankunftszeit mit der gewöhnlichen Beförderungsmöglichkeit (Eisenbahn) angibt:
Konstanz	a) 12.30 Nm. b) 7.21 Nm.
Friedrichshafen	a) 3.00 " b) 6.14 "
Landau	a) 5.25 " b) 8.20 "
Kadolfzell	a) 2.13 " b) 6.25 "
Schaffhausen	a) 3.45 " b) 6.08 "
Rothenhorn	a) 3.09 " b) 6.32 "
Horlach	a) 3.52 " b) 6.12 "
Chur	a) 6.55 " b) 9.35 Vorm. (and. Tags)
St. Moritz	a) 10.15 " b) 2.05 Nm. " "
Ährich	a) 5.23 " b) 10.2 " "

**Der Ueberstundenersatz für die Lehrer.**  
Für die Lehrer gilt wie für die übrigen Beamten der Grundschulpflicht der Ersatz des Kultministeriums über die Unterrichtsverpflichtung der Lehrer — daß sie ihre volle Arbeitskraft in den Dienst des Staates zu stellen haben. Die Lehrer sind auch über die festgesetzte Zahl von Unterrichtsstunden hinaus zur Erteilung von Unterricht verpflichtet, für den eine besondere Vergütung nicht gewährt wird. Wenn die Dienstleistungen das ordentliche Arbeitsmaß in außergewöhnlicher Weise übersteigen und über einen Zeitraum von 1 Monat hinausgehen, wird besondere Vergütung (Abteilungsunterricht) gewährt. Diese beträgt für die Stunde an den Volksschulen 5 M., an der Fortbildungs-, Sonntags- und Frauenarbeitschule 6 M., für die Lehrer an höheren Schulen bei Unterricht in wissenschaftlichen Fächern 7 M., in technischen Fächern 5 M. Als ordentliche Unterrichtsstunden gelten für die Volksschullehrer 30—36 Wochenstunden, für die Lehrer an höheren Schulen: Studienleiter 18—20, Studienräte 26—20, Präzeptoren und Reallehrer 26 bis 21, Elementarlehrer 30—26, für die Lehrer an den Lehrerseminaren 26—20 bzw. 18—10, an den Gewerbe- und Handelsschulen 28—24, an den Frauenarbeitschulen 30—36 Wochenstunden. Die Oberschulbehörden können die Stundenzahl unter Berücksichtigung von Alter und Gesundheitszustand ermäßigen. Bis zu zwei Unterrichtsstunden in der Woche kann jeder Lehrer über die festgesetzten Unterrichtsstunden hinaus verpflichtet werden, ohne besondere Vergütung zu erhalten. Wenn über diese zwei Wochenstunden hinaus bei Vertretungen ein Lehrer in Anspruch genommen wird, so erhält er nur eine Vergütung, wenn die Vertretung einen Monat übersteigt. Als Unterrichtsstunden gelten nicht bloße Anwesenheitsstunden, Sprechstunden und Sitzungsstunden des Lehrerrats. Der Unterricht an der Allgemeinen Fortbildungsschule und an der Sonntags-

schule ist in die ordentliche Unterrichtsstundenzahl einzurechnen. Die Lehrer sind auch verpflichtet, innerhalb ihrer Pflichtstundenzahl Unterricht an anderen Schulen ohne besondere Beförderung zu erteilen. Diese Verfügung des Kultministeriums tritt vom 1. Mal ds. Jz. ab in Kraft.

**Mutmaßliches Wetter am Samstag und Sonntag.**  
Der Hochdruck im Nordwesten rückt langsam vor. Kleine Störungen sind immer noch in Süddeutschland vorhanden. Am Samstag und Sonntag ist zunehmende Aufhellung und Erwärmung zu erwarten.

**Unterhaugheit, 17. Juni.** Bei den am 5. Juni veranstalteten Wettkämpfen in Obernhafen trug der hiesige Turnverein im 5-Kampf den 2. Preis davon. Von seinen Mitgliedern errangen Karl Rau den 5. und G. Foss den 6. Preis im 3-Kampf. — Auf dem Turnfest in Mötlingen am 17. Juni erhielten G. Foss im Nationalen Wettkampf den 3., Fr. Foss im Geräteturnen den 7. und Heinrich Wohlgemut den 10. Preis.

**(S. W.) Stuttgart, 15. Juni.** Im kommenden Herbst soll die Volkshernwarte der Öffentlichkeit übergeben werden. Der Turm auf der Uhländshöhe ist in Wäde im Rohbau fertig. Er wird vom Verein Schwab. Sternwarte errichtet und erhält eine eiserne Drehkuppel, die von Professor A. Staus-Oberhingen samt Refraktor auf 5 Jahre zur Verfügung gestellt wurde. Zum Bestehen des Turmes wird die Aussichtsplatte auf dem Einsteigehaus des Wasserhochbehälters benützt. Die Platte wird durch einen Steg mit dem benachbarten Turm verbunden. An bestimmten Abenden sollen unter kundiger Führung die schönsten und für das astronomische Weltbild wichtigsten Erscheinungen des gestirnten Himmels gezeigt werden. Die Beobachtungsstätte soll auch in den Dienst der Schulen gestellt werden.

**(S. W.) Heilbronn, 15. Juni.** Handels- und Industriefirmen des hiesigen Bezirks haben bereits über 4 Millionen Aktien der Fickar-Aktien-Gesellschaft gezeichnet und weitere größere Zeichnungen für die nächsten Tage in Aussicht gestellt.

**(S. W.) Waldsee, 15. Juni.** Die Eigenheimbauengesellschaft errichtet in sommerlicher, schön gelegener Lage beim Lammeller sechs Doppelwohnfamilienhäuser mit zwölf Wohnneinheiten nach der beim Wiederaufbau in Ostpreußen gut bewährten Sparbauweise der Kreis-Massiv-Bauindustrie Stuttgart. Die Eigenheime erhalten schöne Gärten. Die Stadt hat in wohlwollender Weise durch Gewährung von Vergünstigungen und Darlehen großzügig das Unternehmen unterstützt, so daß Bier- und Fünfschlammwohnungen für Beamte, Angestellte und Arbeiter gebaut werden können.

**(S. W.) Geislingen a. St., 15. Juni.** Der Gemeinderat beschloß die Errichtung einer ständigen Fachlehrstätte für hauswirtschaftlichen Unterricht auf 1. September ds. Jz. Die Schülerinnen der Allgemeinen Fortbildungsschule sollen ebenfalls diesen Unterricht besuchen.

**(S. W.) Ulm, 16. Juni.** Der Bankier Mauk von der Firma Mauk u. Co., der unter Hinterlassung einer großen Schuldenlast in Ulm und Singen ins Ausland flüchten wollte, wurde in Friedrichshafen festgenommen.

**(S. W.) Friedrichshafen, 16. Juni.** Die Ueberführung des Delagsschiffes „Nordstern“ von der hiesigen Luftschiffhalle nach St. Cyr bei Paris erfolgte am Montag. Die Fahrt ging von hier aus dem Rhein entlang bis Belfort und von dort in nordwestlicher Richtung nach St. Cyr, wo das Luftschiff abends gegen 7 Uhr glatt landete. Das Schiff, das Friedrichshafen kurz nach 11 Uhr vormittags verließ, legte die Fahrt also in knapp acht Stunden zurück.

**Kirchliche Nachrichten.**  
Evangelischer Gottesdienst.  
4. Sonntag n. Trini., 19. Juni 1921. Vom Turm: 380. 9 1/2 Uhr Predigt, Predigtlied 402 „Es kostet viel“, Stadtpfarrverweser Josenhans. 10 1/2 Uhr Sonntagschule. 1 Uhr Christenlehre: Söhne Jüngerer Abteilung. Donnerstag, 23. Juni: Bibelstunde, Delan Zeller.  
Katholischer Gottesdienst.  
Sonntag, den 19. Juni. 8 Uhr Frühmesse; 9 1/10 Uhr Predigt, Amt und Christenlehre; 2 Uhr Andacht. Mittwoch, 8 Uhr. Gottesdienst in Liebenzell.  
Gottesdienste der Methodisten-Gemeinde.  
Sonntag, den 19. Juni. Vorm. 9 1/10 Uhr Predigt, Föbber; 1 1/2 Uhr Sonntagschule; abends 8 Uhr Predigt, Raichle. Mittwoch, 8 1/2 Uhr Bibelstunde.  
Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Selmann, Calw. Druck und Verlag der A. Döschlagerschen Buchdruckerei, Calw.

**Alfred Pfeiffer, Calw**  
Baumaterialien-Handlung (Tel. 07)

**Portland-Zement**  
Leonberger Baugips  
Schwarzkalk

**Fein eingetroffen**  
Wasserstein-Garnituren  
aus Zement und Terrazzo  
Steinzeugröhren  
Zementröhren

**Schwemmsteine Gr. 10/12/25, 12/14/25, 14/16/25**  
Metersteine  
Kaminsteine  
Falzsteine

**Wollen Sie das**  
„Calwer Tagblatt“ im nächsten Vierteljahr lesen,  
**dann bestellen Sie**  
noch heute bei Ihrem Postamt das „Calwer Tagblatt“  
für das 3. Quartal 1921.  
**Sie erhalten dann**  
unsere Zeitung pünktlich zugestellt.

**Weilderstadt.**  
Am Montag, den 20. Juni ds. Jz.  
**Pferde-,  
Bieh- und  
Schweine-Markt.**  
Verkauf den  
**Gras-  
Ertrag**  
40—50 000  
Mark  
sofort günstig und sicher anzulegen bei stiller Beteiligung.  
Angeb. unter S. 11. postlagernd Calw.  
Philipp Dörcher,  
Speßhardt.

## Bad Liebenzell.

Sonntag, den 19. Juni,  
nachmitt. 4-6 Uhr

## Kurkonzert

in den Städt. Kuranlagen.

Ausgeführt von der  
Stadtkapelle Calw.

## Inf.-Regt. 479.

Die Zusammenkunft  
der ehemaligen 479er

findet am Sonntag, den 19. Juni 1921,  
nachmittags 1 Uhr im Gasthof z. „Sonne“  
in Calw statt.

## Breitenberg.

Herzliche Einladung

zum  
Gemeinschafts-Fest

und  
Bezirks-Konferenz

am Sonntag, den 19. Juni, nachmittags  
2 Uhr, der Gemeinschaften der Süddeutsch.  
Vereinigung Breitenberg-Oberkollwangen  
im Wald an der Straße Breitenberg-Oberkollwangen.

Thema:

„Das große Weltgericht“.

Redner: Herr Professor Zimmermann,  
„Gemeinschaftspflege Junger-  
Camistat und andere.“

Braves, ehrliches, kindertliebendes

## Mädchen

oder einfache Stütze für Küche und Hausarbeiten zu bei  
Familie nach Karlsruhe gesucht. Guter Lohn, Verpflegung  
und Behandlung zugesichert. Angebote an

Frau Schmelzlein, z. 3. Hirtau, Pension Waldeck.

## Pfannkuch & Co.

Zur  
Mostbereitung  
empfehlen:  
Samarino-  
Most-  
substanz

Portionsflaschen  
für 50 Lit. 11.—  
für 100 Lit. 20.—  
für 150 Lit. 28.—

ferner  
Heinen's  
Mostextrakt

Zapp's  
Mostanfang

Wiederverkäufer  
erhalten  
Preisermäßigung.

## Pfannkuch & Co.

G. m. b. H.

Empfehle als  
Sofa-, Bett-  
und Schreibtisch  
Vorlagen:  
Pelzfelle,  
Angorafelle,  
chinesische  
Ziegenfelle  
in verschiedenen  
Größen und Farben  
Emil G. Widmaler,  
Bahnhofstraße.

Schreibmaschinen,  
Rechen- u. Addier-  
maschinen,  
Vervielfältiger,  
Büromöbel, Fern. Art,  
Saugpost-  
Durchschlag-Wachs-  
und Kohle-Papier  
sowie alle anderen  
Bürobedarfsartikel  
liefert äußerst günstig

Louis Schleh,  
Bürobedarf,  
Freudenstadt.  
Telefon Nr. 27.  
Katalog zu Diensten.

## Junge Enten

verkauft  
Schlesinger, Teinach.

## Sonder-Verkauf!

Schürzenstoffe, 100 cm breit, . . . . . 16- u. 14.- M.  
Schürzenstoffe, 120 cm breit . . . . . 20.- u. 18.- M.  
Kleiderzeuge, in vielen Mustern, 16.-, 15.-, 14.- u. 13.- M.  
Knabenblusenstoff, blau, weiß gestreift, 17.- u. 12.- M.  
Hemdenflanelle, gestr. u. kariert, Friedensqualität 18.-, 15.- u. 14.- M.  
weiß Kretonne . . . . . 11.- M.  
roh Baumwolltuch, 88 cm breit . . . . . 11.- M.  
Dirndlstoffe, letzte Neuheiten . . . . . 18.- u. 16.- M.  
Krepp in rosa und weiß für Kleider . . . . . 12.- M.  
bedruckte Verkal für Herrenhemden . . . . . 12.- M.  
Opal-Batist, 112 cm breit, für eleg. Sommerkleider 24.- M.  
Satin in schwarz und blau für Kleider und Schürzen 15.- M.  
Handtuchstoffe in farbig und weiß . . . . . 14.- u. 9.- M.  
Jacquard-Etzezeuge, 110 cm breit . . . . . 24.- M.  
Baumwolltuch in blau u. grün, für Männerschürzen 16.- M.

Mich. Breslein, Pforzheim Schenern-  
straße 3.



## feuerio

### Doppelfettseife

80% Fett  
daher größte Ausgiebigkeit,  
das Beste für die Wäsche.

VEREINIGTE SEIFENFABRIKEN STUTTGART  
\* Zu haben in allen einschlägigen Geschäften \*

## Irrig ist die Ansicht,

Anpreisungen in der Tageszeitung  
verleuern die betreff. Waren, das  
Gegenteil ist der Fall. Artikel, für  
die Reklame gemacht wird, finden  
einen raschen Absatz und können in-  
folge dessen billig abgegeben werden.

1 Gludhennie  
mit 12 Zungen  
hat zu verkaufen  
Friedrich Baittinger,  
Dachtel.

2 Gludhennien  
mit Zungen  
verkauft  
Frau A. Kühle,  
Bad Liebenzell.

## Schutt

jede Menge kann unentgelt-  
lich angeführt werden bei  
Matermstr. Kirchherr.

Zylinder  
(Chapeau claque), Nr. 56  
oder 57, nur einmal ge-  
tragen, zu verkaufen.  
Angebote unter S. 138  
an die Geschäftsstelle des Bl.

Alzenberg.  
Einen Wurf schöne, wolfs-  
graue  
Halbhunde,  
sowie einen noch gutgehenden  
Gäulengöpel

samt Zubehör zu verkaufen.  
Tausch auf andere Gegen-  
stände Schrotmühle, Obst-  
mahlmühle und dergl. auch  
Tiere nicht ausgeschlossen.  
Johannes Rothacker.

## Neuhengstett.

Die  
Gröföffnung und Einweihung  
meines neuerbauten Saales

findet am kommenden Sonntag,  
den 19. Juni 1921, verbunden mit



großer Tanz-  
Unterhaltung

und erfrischender Blechnuß-  
Freunde und Gönner der Sache ladet unter Zu-  
sicherung reeller Getränke, sowie prima Speisen  
bei prompter Bedienung ergebenst ein.

Emil Nyasse,  
Gasthaus zum „Röble“.

## Bad Teinach.

Am Samstag und Sonntag  
halte ich



und lade hierzu freundlichst ein

Joh. Pfrommer, Bäcker  
und Wirt.

## Mädchen

Durchaus erfahrenes, best.  
zur selbständigen Führung  
eines kleinen Haushalts (3  
Personen) bei bester Behand-  
lung und hohem Lohn auf  
1. Juli oder später gesucht.  
Frau Dr. Schönbaler,  
Pforzheim.

Wegen Erkrankung meiner  
Frau suche ich zur Führung  
meines Haushalts für einige  
Wochen

eine ältere  
Person.  
Ferdinand Beathalter,  
Bahnhofstraße 558.

Arbeitswilliger, geordneter  
Bursche  
für Hausarbeit  
auf 1. Juli gesucht.  
Von wem, sagt die Ge-  
schäftsstelle dieses Blattes u.  
das Arbeitsamt.

## Betreter

für glanz. geh. Massenartikel  
für Stadt u. Landkundschaft,  
bei hohem Verdienst sofort  
gesucht. W. Stützbad,  
Fabr. chem. Prod. Stuttgart,  
Weralstraße 134.

Zu verkaufen:  
1 Divan,  
1 Bettrost  
und eine 3 teilige  
Matraxe,  
sowie

Patentmatragen  
Stück Mk. 135.—

Friedrich Hennefarth,  
Lapezier- u. Polstergeschäft  
Schulgasse 5.

Eine gebrauchte  
Bettlade samt Koff  
(2 schläfr.) hat im Auftrag  
zu verkaufen. D. D.

Militär- und  
Vereins-  
Verein Calw.  
Der für den 19. Juni  
geplante Ausflug  
muss unglücklicherweise  
auf Sonntag, 3. Juli,  
morgens 7 Uhr,  
verschoben werden.  
Der Vorstand.



## Milchseparator

ist in scharfer Ent-  
rahmung u. langer  
Lebensdauer  
unerreicht.  
Alleinige Vertretung u.  
Lager für den Bezirk:  
Fr. Herzog, Calw.

Alle Hausfrauen  
kaufen Triumph-Möbel-  
Wunder schön  
Stets sauber, praktisch  
Möbel.  
Georg Pfeiffer, Calw;  
Fr. Lamparter, Calw;  
R. Otto Vinzon, Calw.

Beliebt  
ist das „Calwer  
Tagblatt“ durch  
seinen vorzüg-  
lichen Nachrich-  
tendienst u. seine  
volkstümlich  
geschriebenen  
Lektüreartikel!



Nr. 139.

## Der Reichshau-

des 4  
Berlin, 17. Juni.  
wurde zunächst wieder  
gestellt. Danach ist da  
Reichstag beschloßen ha  
eines Zusatzes für ge  
Interessierten Einspru  
mehrere Postanten in  
und bei der Rheinlan  
erfol. n und Bestrafun  
Hinterbliebenen geford  
betreffend Beschränkung  
verweisen und in die  
hängigen wegen der E  
edneten Gerecht ein  
Interpellation durch d  
Angriffe gegen die Re  
Bauern richtete, kam  
Sitzung um 3 Uhr und  
wurde sie wieder eröff  
Klebstenausschluß mit  
Präsidenten Löbe die b  
konnte Abg. Unterlein  
lich der Bayer. Volksp  
Rahr Schluß zu mach  
Reichstagsler Dr. W  
hatte den Vord an G  
ladung, die mit aller  
werden. Er verles die  
Angriffe auf die bayer  
hinans. So wenig W  
vergangen habe, so w  
lauben, an der bayeris  
wolle man vorsichtig  
in letzter Zeit in S  
der Rechten gebildete  
Zerstückung des Südens  
vom Süden her die Re  
ein deutsch-nationales  
auf ihn enthalte, und  
tung der Sitten, beson  
Begner persönlich herun  
se jetzt erlebt hätten.  
außerhalb des politisch  
doch nachzagen, daß er  
Wicht als deutscher M  
Die legale Entwicklung  
einen endgültigen  
einen wirtschaftlichen  
ging dann auf die G  
Hetzte fest, daß diese g  
verlange. Bezüglich d  
Viele in der Provinz  
gehoben werde und da  
auf der Aufhebung sei  
lei dazu aber, daß jede  
Euch in Bayern sei ein  
luge von den radikalen  
erkennen lasse. Zum  
während mit Beise  
und Hetzte fest, daß es  
kommen. — Am 6.  
morgen mittags 1 Uhr

Die Interpe  
Eine  
Abg. Unterlein  
Er handele sich nicht  
die Bekundung eines p  
Er führte den Kampf  
Er hat die Wörberger  
Geschiedenstes aufgeb  
welen und alle Machen  
Reichspartei zusamme  
deserzäter gestempelt,  
und Durchführung des  
wagnerwehren. Er  
Bauerns. Aber er wa  
Er war ein Gegner d